



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung

Es informiert Sie:	Cornelia van Weerth
Telefon:	02104/99-2854
Fax:	02104/99-5875
E-Mail:	cornelia.vanWeerth@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 24.09.2009

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung

Sitzungstermin Montag, den 21.09.2009, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Marie-Liesel Donner

Mitglieder

Hans-Peter Bartz
Jürgen Bullert
Stephan Emmeler
Barbara Enke
Berndt Hoffmann
Ulrich Kanschat
Gertrud Laßmann
Götz-Reinhardt Lederer
Rolf Mayr
Volker Münchow
Reinhard Ockel
Dieter Roeloffs
Günter Schmickler
Heinz Schneckmann
Manfred Schulte
Udo Switalski
Sebastian Wladarz
Reinhard Zipper

Verwaltung

Detlef Dann
Dietmar Engler
Reinhard Engmann

Nils Hanheide
Daniela Hitzemann
Martin Kasprzik
Rolf Schneeweiß
Hans-Jürgen Serwe
Cornelia van Weerth
Stefan Waltking

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.06.2009
3. Informationen der Verwaltung
4. Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2008 70/005/2009
5. Informationen über abfallwirtschaftliche Themen und Rechtsprechung
 - Stellungnahme des Kreises zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplans für das Land NRW
 - Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zuständigkeit für die Verwertung des kommunalen Altpapiers
 - Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Abfallentsorgung
 - mündlicher Vortrag der Verwaltung
6. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

7. Informationen der Verwaltung
8. Zukunft der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH (AKM) 70/007/2009
 - Einrichtung und Betrieb eines II. Bauabschnitts der Kreisdeponie Langenfeld-Immigrath

9. Vergabe des Auftrages zur Sanierung der LCKW-Verunreinigung "Wittekothensgraben" in Ratingen (Deponie "Am Kuckuck")

70/008/2009

10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende, Frau KA Donner, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.

Die für die Sitzung festgesetzte Tagesordnung wird festgestellt.

Als Berichterstatter wird für den Tagesordnungspunkt „Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2008“ Herr KA Hoffmann benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.06.2009

Die Niederschrift wird vom Fachausschuss einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide berichtet über folgende aktuelle Themen:

1. Verfahrensstand CO-Pipeline

Die Bezirksregierung Düsseldorf erließ am 02. und 03.03.2009 zwei Änderungsbeschlüsse zum Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb einer CO-Pipeline, mit denen einerseits die Rohrwandstärken der Pipeline in verschiedenen Kreuzungsbereichen verringert und andererseits die vorgeschriebene Breite der im Zuge des Pipelinebaus eingesetzten Geo-Grid-Matten reduziert wurde. Mit rechtskräftigem Beschluss vom 26.05.2009 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Änderungsbescheid „Geo-Grid-Matten“ bereits bei summarischer Prüfung wegen der Verschlechterung der Sicherheitslage als rechtswidrig, den Änderungsbescheid „Rohrwandstärken“ wegen der entscheidungserheblichen Absenkung des Sicherheitsniveaus als rechtlich zweifelhaft angesehen.

Hinsichtlich des Planänderungsbeschlusses „Geo-Grid-Matten“ wirke sich die Herabsetzung des Sicherheitsniveaus auf der gesamten Trassenlänge aus. Hinsichtlich des Änderungsbeschlusses „Rohrwandstärken“ hat das Verwaltungsgericht die Auffassung vertreten, eine Betroffenheit weiter entfernt liegender Grundstücke könne auch nicht offensichtlich und eindeutig ausgeschlossen werden.

Da durch die rechtskräftig als rechtswidrig bzw. als rechtlich zweifelhaft eingestuften Planänderungsbeschlüsse eine subjektive Rechtsbetroffenheit des Kreises durch die Herabsetzung des Sicherheitsniveaus, welche sich unmittelbar auf die im Eigentum des Kreises stehenden Grundstücke auswirken kann, zu konstatieren ist, hat der Kreis beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage mit dem Ziel der Aufhebung der genannten Planänderungsbeschlüsse erhoben.

2. Interkommunale Zusammenarbeit Ratingen / Velbert / Kreis

Nach Inkrafttreten der von den Räten der Städte Ratingen und Velbert und dem Kreistag beschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum 01.04.2009 hat der Kreis nach der Aufgabenübernahme für die Stadt Velbert zum 01.09.2009 auch die Aufgaben in ausländerrechtlichen sowie in einbürgerungs- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Angelegenheiten für die Stadt Ratingen übernommen.

Ca. 20.000 Ausländer- und ca. 500 Einbürgerungsakten wurden dem Kreis übergeben; die Datenmigration im von den Partnern genutzten Fachverfahren ist erfolgreich verlaufen. Die Städte stellen dem Kreis insgesamt sieben Mitarbeiter/innen zur Aufgabenerledigung zur Verfügung.

Das Kreis-Service-Center in Velbert, besetzt mit drei weiteren Mitarbeiterinnen der Stadt, wurde am 04.05.2009 eröffnet. Die Öffnungszeiten sind an die des Bürgerbüros Velbert-Mitte angepasst (Gesamtöffnungszeit 39,25 Wochenstunden). Die durchschnittliche Besucherzahl pro Tag beträgt aktuell 80, wobei bislang Vorsprachen in ausländerrechtlichen Angelegenheiten den Schwerpunkt bilden.

Das Kreis-Service-Center im Rathaus Ratingen soll nach Durchführung der erforderlichen Umbau- und Renovierungsarbeiten Anfang Oktober 2009 öffnen. Die Stadt Ratingen stellt dem Kreis drei Mitarbeiterinnen, die bei einer Gesamtöffnungszeit von 37 Wochenstunden - angepasst an das Bürgerbüro der Stadt - an drei Bedienerplätzen verteilt auf zwei Büros sowie in einem Rückzugsbüro - tätig werden. In der Übergangsphase wurde eine Anlaufstelle zur Antragsannahme in ausländerrechtlichen Fragen, Passaushändigung nach Bearbeitung und zur Beratung durch den Kreis im Rathaus eingerichtet.

3. Neue stationäre Geschwindigkeitsmessanlage in Monheim am Rhein

In Zusammenarbeit mit einem in Monheim am Rhein ansässigen Unternehmen im Bereich Verkehrssicherheitstechnik wurde als Ersatz für einen aufgegebenen Standort in Langenfeld (*Knipprather Straße*) an einer anderen Gefahrenstelle eine Geschwindigkeitsüberwachungsanlage der neuesten Generation installiert.

Diese neue Anlage hat zum 01.09.2009 auf der L 239 (*Bleerstraße*) in Monheim am Rhein den Betrieb aufgenommen. Gemessen wird vor einem gefährlichen Kurvenbereich, in dem sich in der Vergangenheit auch schon einige, zum Teil schwere Unfälle ereignet haben. Ermittlungen der Polizei belegen, dass die hier zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h häufig deutlich überschritten wird, sodass die Gefahr weiterer – auch schwerer – Unfälle nach wie vor gegeben ist.

Auf Anfrage von KA Hoffmann teilt Herr Serwe mit, dass die Vorlage zum SPD-Antrag „Kompass für erneuerbare Energien“ aus der Sitzung vom 07.05.2009 für die nächste Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung erstellt wird.

Zu Punkt 4:	Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2008 - Vorlage Nr. 70/005/2009
--------------------	---

Herr Serwe stellt die Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2008 vor.

Herr Serwe und Herr Engmann beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung nimmt das Betriebsergebnis 2008 für die Entsorgung häuslicher Abfälle zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag nach Vorberatung im Kreisausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der sich aus der Betriebskostenabrechnung 2008 für die „Entsorgung häuslicher Abfälle“ ergebende Überschuss in Höhe von **201.915,81 €** wird gemäß § 43 Abs. 6 GemHVO NW dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Abfallentsorgung“ zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Informationen über abfallwirtschaftliche Themen und Rechtsprechung - Stellungnahme des Kreises zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplans für das Land NRW - Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zuständigkeit für die Verwertung des kommunalen Altpapiers - Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Abfallentsorgung - mündlicher Vortrag der Verwaltung
--------------------	---

Herr Serwe und Herr Engmann informieren über abfallwirtschaftliche Themen und der Rechtsprechung.

Die Stellungnahme des Kreises Mettmann zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplans für das Land NRW ist als **Anlage 1** beigelegt. Die Ausführungen zu dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zuständigkeit für die Verwertung des kommunalen Altpapiers (**Anlage 2**) und zu dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur interkommunalen Zusammenarbeit der Abfallentsorgung (**Anlage 3**) sind der Niederschrift beigelegt.

Zu Punkt 6:	Nachträge
--------------------	------------------

- entfällt -

Nicht öffentlicher Teil

...

Ende der Sitzung: 17:35 Uhr

Marie-Liesel Donner

Cornelia van Weerth